

VENRO-Memorandum zur Extractive Industries Review der Weltbank

Nach intensiven Beratungen mit der Weltbank, Industrie, Regierungen, Indigenen, lokalen Gemeinden und Nichtregierungsorganisationen (NRO) hat Dr. Emil Salim mit der Extractive Industries Review (EIR) einen bemerkenswerten Bericht vorgelegt.

Der Auftrag von Weltbank-Präsident James Wolfensohn an Dr. Salim war, festzustellen, inwieweit Öl-, Gas- und Bergbauprojekte zur Armutsbekämpfung beitragen und welche Maßnahmen die Weltbank ergreifen sollte, um die Wirksamkeit ihrer Projekte zu erhöhen. Mit der EIR liegen nun zu diesem Thema eine Reihe sehr bedenkenswerter Empfehlungen vor.

Fazit des Berichtes ist, dass die Weltbank bei Rohstoffprojekten eine durchaus beachtliche, allerdings nicht positive Rolle spielt: die bisherigen Resultate ihres Engagements hätten nicht zur Armutsbekämpfung beigetragen, sondern, im Gegenteil Armut zum Teil noch verschärft. Eine bessere Balance zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielsetzungen müsse daher hergestellt werden. Der Weltbank wird empfohlen, weit reichende Reformen durchzuführen und ihr Portfolio im Energiebereich umzustellen. Des Weiteren soll sie ihre Umwelt- und Sozialstandards reformieren und „good governance“ sowie die Beachtung der Menschenrechte als Fördervoraussetzungen verankern.

Erneuerbare Energien

Die Weltbank soll ihr Portfolio im Bereich der Energiegewinnung innerhalb der nächsten Jahre umfassend umstellen. Sie soll eine aktive Rolle bei der Erreichung der Klimaschutzziele/Co²-Treibhausgasemissionen übernehmen. Die begrenzten finanziellen Ressourcen der Weltbank sollen für Programme zur Steigerung von Energieeffizienz und –einsparung, zur Nutzung ‚sauberer Technologien‘ und zur Reduktion von klimaschädlichen Emissionen genutzt werden. Außerdem soll die Bank bis zum Jahre 2008 aus der Finanzierung von Ölprojekten aussteigen und das Moratorium für die Förderung von Kohleprojekten beibehalten. Für die Finanzierung von Öl- und Kohlevorhaben stehen nach Ansicht des Berichts genügend Finanzierungsmöglichkeiten aus anderen Quellen zur Verfügung. Parallel dazu sollen erneuerbare Energien mit einer jährlichen Steigerungsrate von 20% des Energieportfolios ausgebaut und zur von der Bank primär geförderten Energiequelle werden.

Ertragsmanagement

Ein wichtiges Augenmerk legt der Bericht auf die Verwendung der Erträge aus Rohstoffprojekten. Es wird festgestellt, dass aus einem unkontrollierten Fluss von Erträgen

Risiken wie Korruption oder Veruntreuung entstehen. Deshalb sollen nur solche Projekte gefördert werden, bei denen bereits im Vorhinein sichergestellt werden kann, dass die Kontrolle einer ordnungsgemäßen Verwendung garantiert ist. Die Veröffentlichung der Geldflüsse zwischen den Förderfirmen und den Regierungen soll eine Vorbedingung für das Engagement der Weltbank sein. Ferner soll ein angemessener Anteil der Erträge direkt in die Region der Rohstoffprojekte fließen und dort nach vorab definierten Zielen und unter Mitwirkung der Zivilgesellschaft eingesetzt werden.

Governance

„Good governance“ wird als eine Voraussetzung angesehen, dass Rohstoffprojekte der Bevölkerung und der Armutsbekämpfung zu Gute kommen. Die Weltbank soll daher Kriterien zur Beurteilung von „good governance“ entwickeln und deren Beachtung zur Fördervoraussetzung machen. Durch verstärkte technische Assistenz sollen die Regierungen außerdem in die Lage versetzt werden, besser für Vertragsverhandlungen mit den Rohstoffkonzernen vorbereitet zu sein.

Mitbestimmung/Transparenz

Rohstoffprojekte werden von betroffenen Gemeinden und Indigenen häufig kritisiert, weil sie oft verheerende wirtschaftliche, ökologische und soziale Auswirkungen für die lokale Bevölkerung mit sich bringen. Die EIR empfiehlt daher, bereits im frühen Stadium der Planung die Betroffenen einzubeziehen und so ihre freie, auf umfassende Information basierende Zustimmung (free prior informed consent) zu erzielen. Dazu sollen alle relevanten Dokumente wie Umweltverträglichkeitsprüfungen, Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Projektabkommen veröffentlicht werden, ohne jedoch die berechtigte Wahrung von Geschäftsgeheimnissen zu unterlaufen. Während des gesamten Projektzyklus sollen auf lokaler/regionaler Ebene effektive Mechanismen für die Beilegung von Streitigkeiten und Beschwerden eingerichtet werden. Rohstoffprojekte sollen nur dann gefördert werden, wenn mit den lokalen Gemeinden auf dem Verhandlungswege eine soziale Vereinbarung („social licence“) erzielt wurde.

Menschenrechte

Der Salim-Bericht kommt nach Auswertung vorliegender Materialien zu dem Schluss, dass es in einigen Projekten zu erheblichen Menschenrechtsverletzungen gekommen ist. Daher wird der Weltbank angeraten, neben der Übernahme aller vier ILO-Kernarbeitsnormen eine bankweite Menschenrechts-Politik zu entwickeln. Die Beachtung der Menschenrechte soll ferner Basis einer Überarbeitung der Umwelt- und Sozialstandards sein. In Konfliktgebieten oder in Regionen, in denen ein Konflikt droht, sollen keine extraktiven Projekte gefördert werden.

Umwelt- und Sozialstandards

Die Weltbank soll das gesamte System ihrer Umwelt- und Sozialstandards überarbeiten und in seiner Wirksamkeit verbessern. So sollen Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen nicht nur für Projekte, sondern auch für politikbasierte Maßnahmen wie Struktur- und Sektorkredite gelten, wenn der Rohstoffsektor betroffen ist. Rohstoffprojekte sollen dabei generell als Kategorie A (erhebliche Umwelt- und Sozialauswirkungen) eingestuft werden. Auch sollen alle möglichen Alternativen zu Rohstoffprojekten geprüft und die Ergebnisse veröffentlicht werden. Die überarbeitete Indigenen-Richtlinie soll mit internationalem Recht in Einklang gebracht und im Konsens mit den indigenen Völkern verfasst werden. Zwangsumsiedlungen sollen in Zukunft vermieden werden, indem durch umfassende Information und Konsultation eine vorherige Zustimmung zu dem Projekt erreicht wird. Eine nachprüfbare Verbesserung der Lebensumstände für Umgesiedelte muss gewährleistet sein.

Der praktische Umweltschutz soll nach Empfehlung des Berichts gestärkt werden, indem unter anderem Verklappung von Abraum in Flüssen verboten wird. Die Verklappung auf dem Meer soll bis zur Erstellung neuer Gutachten eingestellt werden. Die Weltbank soll sich verpflichten,

Regierungen bei der Beseitigung von Altlasten zu unterstützen. In Gebieten, die sich durch hohe Artenvielfalt auszeichnen, bzw. durch die UN, die Natural Habitat Policy der Weltbank oder nationale bzw. regionale Regierungen als Schutzgebiete definiert sind, sollen Rohstoffprojekte nicht gefördert werden.

Interne Reformen

Um der Beachtung der Menschenrechte und der Umwelt- und Sozialstandards ein wesentlich größeres Gewicht zu verleihen, schlägt die EIR vor, interne Anreize (Prämien, Beförderungskriterien) für die Weltbank-Mitarbeiter/innen zu entwickeln. Einen Ansatz dazu bietet z.B. die Nachhaltigkeitsinitiative der IFC. Außerdem soll die Weltbank den Anteil von Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsexperten unter den Beschäftigten durch Weiterbildung und gezielte Anwerbung weiter erhöhen.

Diese Empfehlungen der EIR unterstützt VENRO in vollem Umfang. Mit einer verstärkten Förderung regenerativer Energien und von Investitionen in Energieeffizienz und -einsparung würde die Weltbank einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der Lebensumstände von Millionen Menschen leisten, die durch die Klimaveränderungen von Überschwemmungen, Hunger und Verlust ihres Landes bedroht sind. Gleichzeitig würde dadurch die Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen gefördert und die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in den Ländern des Südens angeregt. Es geht nicht darum, alle Erdölprojekte zu stoppen, sondern durch vorausschauenden Einsatz der knappen Weltbankmittel den höchstmöglichen Erfolg bei der Armutsbekämpfung zu leisten.

Die Weltbank kann nur dann einen wirklichen Beitrag zur besseren Qualität von Projekten leisten, wenn soziale, ökologische und politische Begleitprogramme im Voraus begonnen und ihre Verwirklichung im Dialog mit den Betroffenen überwacht wird.

Daher fordert VENRO die Bundesregierung auf, sich in der Weltbank für die Annahme der Empfehlungen der Extractive Industries Review einzusetzen.

Bonn, 30. März 2004

**Verband Entwicklungspolitik
deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
(VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
53113 Bonn**

Tel.: 0228/ 9 46 77 - 0

Fax: 0228/ 9 46 77 99

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

VENRO ist ein freiwilliger Zusammenschluss von rund 100 deutschen Nichtregierungsorganisationen, die als Träger der privaten oder kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Nothilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit tätig sind.